

Druck wöch. Bezugspreis für März 8.— M. einschl. Bestellgeld. Einzelhefte 20.— M. Die Postgebühren für den Abnehmer 20.— M. Die Postgebühren für den Abnehmer 20.— M. Die Postgebühren für den Abnehmer 20.— M.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schabenerlag. Für unentf. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftl. Dr. Josef Höbmann, Dresden.

Kommunion Uhren und Schmuck Kern Dresden - Friesengasse 1

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Köhl. 16. Goldschmidtstr. 46. Fernruf 1272 und 3523.

Zentrum und Reichswehr

Bei der Beratung des Reichswehretats nahm am Mittwoch als Sprecher der Zentrumsfraktion des Reichstages der Abgeordnete Erising das Wort. Seine Ausführungen über die Stellung der Zentrumsfraktion zum Etat des Reichswehrministeriums bewegten sich in folgenden Gedankengängen:

Der unstrittigste von allen Reichsetats ist der der Reichswehr. Er ist es nicht allein wegen der großen Kosten, die Reichswehr und Marine erfordern, er ist es vielmehr auch deswegen, weil weite Kreise unseres Volkes aus den schlimmen Wirkungen des Weltkrieges heraus zu der Auffassung gelangt sind, daß die radikale Beseitigung der Reichswehr friedensfördernd sei. Der Reichstag hat alle Ursache, sich mit dieser geistigen Strömung in unserem Volke ernsthaft auseinanderzusetzen. Die Kriege gehören zu den schlimmsten Menschheitsgefahren, und darum beten Millionen von Menschen um Verhütung vor Krieg, Pest und Hungersnot.

Die große außenpolitische Linie, die die Zentrumspartei in den letzten Jahren verfolgt hat, war eingestellt auf Völkerverständigung und Völkerverständigung. Die friedliche Entwicklung Europas und in der Welt hängt aber nicht allein von Deutschland ab. Sie hängt in viel höherer Maße von den Staaten ab, die bis an die Zähne bewaffnet sind. Der Rüstungswahn ist in Europa heute größer denn je. In Polen und in der Tschechoslowakei kommen auf je 1000 Einwohner 10 Soldaten, in Frankreich sogar 14, in Deutschland nur 1 1/2. Die deutsche Politik, die diese Tatsachen nicht sieht oder nicht sehen will, wird letzten Endes für das deutsche Volk ebenso verhängnisvoll sein, wie die Politik, die in der Vorkriegszeit glaubte, keinerlei Rücksichten auf Stimmungen und geistige Strömungen bei den Nachbarvölkern nehmen zu müssen. So sehr meine Freunde mit denjenigen Volksgenossen sympathisieren, die dem Frieden und der Völkerverständigung dienen wollen, ebenso sehr fühlen wir uns aber als politische Partei verantwortlich für die Sicherheit des deutschen Volkes sowohl der Gegenwart, als auch der Zukunft.

Wir sind uns klar bewußt, daß wir mit der kleinen Reichswehr nicht in der Lage sind, unsere Landesgrenzen gegen eine starke Militärmacht zu schützen. Wir sind uns ebenso bewußt, daß einem besiegten Volke nur eine auf friedliche Entwicklung eingestellte Politik dienlich ist. Aber das, was die Siegerstaaten als ein Mindestmaß für den Schutz deutscher Landesgrenzen als notwendig anerkannt haben, können wir nicht verneinen. Darüber hinaus ist die Reichswehr von erheblicher Bedeutung zur Erhaltung und Festigung der Staatsautorität. Demokratische und republikanische Länder haben immer Wert auf staatliche Machtmittel gelegt und diese getreulich gepflegt. Die deutsche Republik kann nicht anders verfahren. Aus dieser Einstellung heraus wird meine Fraktion dem Wehretat in der vorliegenden Form die Zustimmung geben.

Reichswehr und Reichsmarine erfordern eine Gesamtausgabe von 678,8 Millionen. Davon fallen 210 Millionen auf Besoldung, 122 Millionen auf Beschaffung von Waffen, Munition und Seeresgerät, 50 Millionen für Unterkunft, 45 Millionen auf Verpflegung, 24 Millionen auf Bekleidung und 11,7 Millionen auf Bildungswesen. Daneben kommen noch eine größere Anzahl anderer Posten vor, vor allem auch der Neubau von zwei kleinen Kreuzern und sechs Torpedoboote für die etwas über 30 Millionen angefordert worden sind. Die Kritiker des Wehretats sagen, daß der Posten für Waffen und Munition im Verhältnis zur Vorkriegszeit viel zu hoch sei. Das ist richtig. Wir haben im Haushaltsausschuß eingehend über diese Angelegenheit gesprochen, und da hat sich herausgestellt, daß diese hohen Kosten eine Folge der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und der Schilderungen der Interalliierten Militär-Kommission sind. Es ist der Reichswehr und der Marine verboten, mit Leuchtmunition zu schießen. Ferner hat die alliierte Militär-Kommission einige wenige Fabriken für die Herstellung von Munition und Seeresgerät zugelassen. Diese Betriebe können, da sie keinerlei Konkurrenz haben, dem Reiche jeden Preis abfordern, und aus diesem Grunde ist der verhältnismäßig hohe Anseh für diese Etatpostitionen zu erklären.

Neben den laufenden Reparaturarbeiten sind im Etat Reanforderungen für den Bau kleinerer Kreuzer und Torpedoboote gestellt. Bei der völligen Ueberalterung der jetzigen Schiffe sind diese Neubauten notwendig. Auslandsreisen unserer kleinen Kreuzer haben nach übereinstimmenden Berichten der Auslandsdeutschen günstige Wirkungen ausgelöst.

Ein bemerkenswertes Kapitel des Reichswehretats sind die Ausgaben für das Bildungswesen. Für die Unterhaltung der Reichswehrangehörigen sind 489 hauptamtliche und ein mehr als das Doppelte von nebenamtlichen Lehrern vorhanden. Es dürfte zurzeit auf der Welt keine zweite Wehrmacht geben, in der der All-

Frankreich und die Frankenfälschung

Briand verhindert eine Debatte über die ungarische Affäre in der französischen Kammer

Paris, 4. März. Die Kammer beschäftigte sich am Schluß ihrer Mittwochssitzung mit dem Interpellationsantrag der Sozialisten über den ungarischen Finanzskandal. Blum wünschte Aufschlüsse über die Weisungen, die die französische Regierung ihren Völkerbundsdelegierten über die Beziehungen mit den Vertretern der ungarischen Regierung erteilen werde. In einer kurzen und energischen Ansprache erklärte Briand, daß eine Debatte im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei. Die ungarische Justiz gehe ihren Weg, und auch die diplomatischen Beziehungen zwischen der französischen und der ungarischen Regierung würden fortgesetzt. Seine Erklärungen seien nachgedrungen sehr kurz, da er sich große Zurückhaltung auferlegen müsse. Ueber die Weisungen an die Völkerbundsdelegierten könne er sich unmöglich aussprechen. In jedem Falle dürften die Vertreter im Völkerbund nicht durch feste Richtlinien gebunden sein. Er schloß vor, die Interpellationsdebatte um vierzehn Tage zu verschieben. Bis dahin würden die ungarischen Behörden ihr Urteil bereits bekanntgegeben haben.

Nach Briand ergriff Blum abermals das Wort und führte aus: Die Presse sämtlicher Parteien habe die Interpellationsanträge gutgeheißen. Es handele sich bei den Ungarn um eine Regierung, die die Herstellung falscher Banknoten in einem staatlichen Institut geduldet habe. Er wünsche, daß der Ministerpräsident sich sofort zu der Angelegenheit äußere. Briand erwiderte darauf unter allgemeiner Bewegung, daß nicht er, sondern ein anderer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die gewünschten Erklärungen in dieser Angelegenheit abgeben werde. Er fügte hinzu, es wäre ein großer Fehler, wenn das französische Parlament sich anmaßen würde, über andere Nationen zu Gericht zu sitzen. Frankreich habe darauf bestanden, in sämtliche Einzelheiten eingeweiht zu werden und gefordert, daß die Schulden der Gerechtigkeit ausgeliefert würden. Es habe durchgesetzt, daß französische Kommissare bei der Untersuchung zugegen gewesen seien. Ein Urteilspruch sei noch nicht ergangen, doch hätten die ungarischen Behörden die Verhaftung hochgestellter Persönlichkeiten angeordnet. — Nach dieser Erklärung Briands zogen die Sozialisten und Kommunisten den Interpellationsantrag zurück.

Rinischlich in Paris

Paris, 4. März. Der südbaltische Außenminister Rintischich hatte gestern vormittag seine erste Besprechung mit Briand, der nach einer Havasmeldung weitere Besprechungen folgen werden.

Der polnische Pressefeldzug

Eine deutsche Protestnote in Warschau

Berlin, 4. März. Der deutsche Gesandte in Warschau hat am 1. dieses Monats im Auftrage der Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten eine Note überreicht, in welcher gegen die ziellose polnische Pressenkampagne, wie sie sich aus Anlaß der letzten Deutschen-Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien insbesondere auch gegen das deutsche Generalkonsulat in Kattowitz gerichtet hat und andauernd richtet, schärfster Einspruch eingelegt wird. In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß trotz der auf entsprechend ernste Vorstellungen des deutschen Generalkonsuls erfolgten Versprechungen des kattowitzer Wojewoden Abhilfe nicht geschaffen wurde, und daß jener weiter den Pressenangriffen, die ihm in bürren Worten Spionagegeheimnisse vorwerfen, ausgesetzt blieb. Es ist in der Note auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Ortsbehörden sehr wohl in der Lage waren, diesen allen internationalen Gepflogenheiten widersprechenden Ton der Presse zu mäßigen, seien doch gleichzeitig mehrfach deutschsprachige Zeitungen wegen Auslassungen beschlagnahmt worden, die an dem Vorgehen der polnischen Polizei Kritik übten.

Warschau, 4. März. In der Mittwochssitzung des Senats kam die Interpellation des Senators Cyponek wegen der polnischen Verfolgung der deutschen Minderheiten in Oberschlesien zur Verhandlung. Der polnische Justizminister Piechotki erklärte unter anderem, daß am 12. Februar dieses Jahres 13 Personen in Oberschlesien verhaftet worden seien, die beschuldigt waren, militärische Spionage getrieben zu haben. Einer der Verhafteten starb im Gefängnis. Als Ursache des Todes sei Selbstmord festgestellt worden. Die Untersuchung in diesem Falle werde etwa in vier Wochen beendet sein. Zum Schluß erklärte der Justizminister, daß er augenblicklich keine Verantwortung sehe, neue Verordnungen in dieser Angelegenheit zu treffen.

gemeinbildung der Soldaten eine so große Beachtung geschenkt wird, wie in der deutschen Reichswehr.

Anlässlich der Femeurde sind in der Öffentlichkeit gegen die Reichswehr schwere Beschuldigungen über ihre Zusammenarbeit mit illegalen Verbänden erhoben worden. Der Herr Reichswehrminister hat geltend gemacht, daß sowohl er, als auch Generaloberst von Seeckt jedwede Zusammenarbeit von Reichswehr und nationalistischen Rechtsorganen wiederholt verboten hätten. Ist dieses Verbot erfolgt, dann muß, nach Auffassung der Zentrumspartei, aber auch alles getan werden, damit die Befehle der Reichswehrlleitung auch befolgt werden.

Die zwölfjährige Dienstzeit verlangt von den Reichswehrangehörigen große Opfer, daher halten wir es für notwendig, daß seitens des Reichswehrministeriums den Soldaten der Aufenthalt in den Kasernen so angenehm wie nur möglich gemacht wird. Vor allem aber legen wir Wert darauf, daß den aus der Reichswehr auscheidenden Soldaten ein gutes Fortkommen im bürgerlichen Leben ermöglicht wird. Die Soldaten haben ein Anrecht darauf, daß sie in weitestgehendem Maße bei den öffentlichen Verwaltungen Unterkunft finden. Wir erwarten vom Reichswehrministerium, daß bei der Auswahl des Manuskrafts- und Offizierserfaltes demokratisch eingestellte Leute nicht nur nicht zurückgewiesen, im Gegenteil besonders berücksichtigt werden.

An der Reichswehr ist in den letzten Jahren viel Kritik geübt worden. Sicherlich sind Fehler vorgekommen. Die Reichswehr teilt hierin das Schicksal des Reichstages; denn da sind auch schon Fehler gemacht worden. Die Gerechtigkeit erfordert aber, daß der Reichswehr für ihre geleisteten Dienste Anerkennung gezollt wird. Sie hat Dank und Anerkennung verdient! Die Besoldung ist wahrlich, die Zukunft für die Reichswehrangehörigen höchst unsicher. Sicherlich wird diese Anerkennung im ganzen Volke geteilt werden, wenn auch die Reichswehr in allen ihren Teilen zu einer freudigen Bejahung des deutschen Volkstages, der deutschen Republik, sich bekennt. — Das junge demokratische und wahrhaft nationale Deutschland, das leben will und sich nach Freiheit sehnt, sucht den Weg zur Reichswehr. Sucht ihn die Reichswehr in demselben Maße zum Herzen des demokratischen Volkes, dann wird zwischen Volk, Nation und Reichswehr jener Zusammenhang hergestellt, der eine friedliche und glückliche Entwicklung sicherstellt.

Die Debatte über den Wehretat

Berlin, 4. März.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Etat des Reichswehrministeriums. Abg. Graf v. d. Schulenburg (Dnt.) sollte der jüngeren Arbeit der Reichswehr höchste Anerkennung. Jeder Offizier habe ein, daß die Reichswehr keine Angewandte, sondern nur ein Mittel der Landesverteidigung sein könne. Bei der an sich notwendigen Entpolitisierung der Reichswehr habe Dr. Wehler offenbar mit dem rechten Auge stärker als mit dem linken. — Abg. Kunkler (Soz.) übte an dem Reichswehretat scharfe Kritik. Der Reichswehrminister habe bei der Ausführung seines Etats keine Rücksicht auf die Notlage des Volkes genommen und die dringende notwendige Sparmaßnahme verweigert. Es müsse geprüft werden, ob die Reichswehr wirklich für die Republik stehe. Das Hauptziel läge darin, daß über die Einstellung in die Armee die in den meisten Fällen monarchistisch geklunten Kompanieführer zu entscheiden haben. Die Sozialdemokraten könnten dem Wehretat persönlich kein Vertrauen entgegenbringen und würden deshalb sein Gehalt ablehnen.

Es folgten dann die Ausführungen des Abg. Erising (Str.), die wir an anderer Stelle wiedergegeben haben. Abg. Brünninghaus (Dnt.) bemerkte, daß einzelne Hebelstände nicht zu verallgemeinern Angriffen gegen die Reichswehr Anlaß geben. Das Verschwinden des Reichswehrministers, die Parteipolitik aus der Reichswehr fernzuhalten, verdiene die Unterstützung aller Parteien. — Abg. Scheller (Komm.) bezeichnete den Reichswehretat als einen Etat der Verschwendung öffentlicher Mittel und die Reichswehr als ein Instrument gegen die Arbeiter. Seine Fraktion stelle den Antrag, dem Minister das Vertrauen zu verweigern.

Reichswehrminister Dr. Wehler wandte sich gegen die Kritik, die an den Wehretat in der Reichswehr geübt worden sind. Diese Forderungen ergeben sich daraus, daß die Munitionsbestände auf das von der Entente festgesetzte Maß ergänzt werden müßten. Einen Verzicht darauf würde die Stilllegung vieler Fabriken und die Erwerbslosigkeit von Tausenden von Arbeitern bedeuten. In keiner Beziehung gehe Deutschland über das im Versailler Vertrag festgesetzte Maß hinaus. Kein Staat hat ein größeres Interesse daran als Deutschland, daß es auf der Abrüstungskonferenz zu einem positiven Ergebnis kommt. Das jetzige System der Reichswehr ist auf die Dauer unhaltbar. Es ist schwer, bei diesem System die Reichswehr vor politischen Einflüssen zu schützen, obwohl das zum Aufbau der Reichswehr unerlässliche Offizierskorps mit allergrößtem Misstrauen dem neuen Staat gegenübersteht.